



VERBAND WASSERGESCHÄDIGTER HAUS- UND GRUNDEIGENTÜMER e.V.

S a t z u n g

Stand 13.03.2008

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Verband Wassergeschädigter Haus- und Grundeigentümer“ (im folgenden Verband genannt) und hat seinen Sitz in 41460 Neuss, Hammer Landstraße 51. Die Ur-Niederschrift der Vereinssatzung wurde am 10. Mai 2003 errichtet.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
3. Das Geschäftsgebiet umfasst das Bundesgebiet.

§ 2

Zweck

1. Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenverordnung.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere nach Maßgabe des § 12 verwirklicht.

Der Verband setzt sich zum Wohle der Allgemeinheit für die Förderung des Hochwasserschutzes und des Schutzes vor zu hohen Grundwasserständen ein. Hierzu gehören je nach den örtlichen Verhältnissen folgende Möglichkeiten:

- Einsatz von lokalen hydraulischen Wasserhaltungen
- Nutzung der natürlichen Gegebenheiten
- Optimierung und Ausbau der Vorflut
- Maximale Nutzung von wasserrechtlichen Möglichkeiten
- Einsatz von bauphysikalischen Maßnahmen, die bei festgelegter Vorgehensweise mit einem Gütesiegel (Verbraucherschutz) versehen werden.
- Prüfung auf Einsetzbarkeit von neuen zukünftigen technologischen Lösungsansätzen
- Abwehr von Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit herbeiführen.

Außerdem setzt er sich für die Schaffung von Umweltbewusstsein bei Bürgern und Verantwortlichen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik hinsichtlich der Schutzgüter Boden, Wasser und Sachgüter ein.

Zur Entwicklung von technischen Möglichkeiten zum Schutz der Bebauung vor Hochwasser und zu hohem Grundwasser im Sinne des Verbandszweckes können vom Vorstand technisch-wissenschaftliche Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Die Ergebnisse werden der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt.

1. Über Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser, vor hohen Grundwasserständen und den sich daraus ergebenden Folgen der gesundheitlichen Beeinträchtigungen (Schimmelpilz, Rheuma, Artrrose etc.) wird der Verband Informations- und wissenschaftliche Fortbildungsveranstaltungen durchführen und der Allgemeinheit die Ergebnisse zur Verfügung stellen.
2. Der Verband vertritt die Interessen der Betroffenen im Bundesgebiet, soweit sie in Form von Hochwasser, Qualmwasser, Oberflächen-, Schichten-, Niederschlags-, Grundwasser betroffen sind und setzt sich prinzipiell für optimale Lösungen der Problemlagen seiner Mitglieder ein.
3. Der Verband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
6. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern und, soweit von genereller Bedeutung, der Allgemeinheit Informationen und Hilfe bei allen relevanten Fragen zu dem unter § 2.2 genannten Betroffenenheiten. Er vermittelt auf Wunsch Fachingenieure.

§ 3

Mitgliedschaft

1. Mitglieder sind:
 - a) persönliche Mitglieder
 - b) fördernde Mitglieder
 - c) korrespondierende Mitglieder

zu a).

Persönliche Mitglieder können werden:

- Haus- und Grundeigentümer
- Ingenieure, Wissenschaftler und andere Fachleute, die in den Fachgebieten Wasserwirtschaft, Bautechnik, Geologie, Recht und in verwandten Gebieten arbeiten

- Personen, die an Lösungen zum Schutz vor Hochwasser und vor zu hohen Grundwasserständen gemäß Satzungszweck des Verbandes interessiert sind und von deren Mitgliedschaft eine Förderung der Ziele des Verbandes zu erwarten ist

zu b).

Fördernde Mitglieder können werden:

- Gebietskörperschaften, sonstige öffentlich rechtliche Körperschaften, natürliche und juristische Personen des Privatrechts, die auf den Gebieten Wasserwirtschaft, Bautechnik, Geologie, Recht, Immobilienbewirtschaftung und Baufinanzierung tätig sind, Ingenieurbüros, wissenschaftliche Institute und an den Verbandszielen interessierte Unternehmen

zu c).

Korrespondierende Mitglieder können werden:

- Bürgerinitiativen, Vereine, Gesellschaften und Interessengemeinschaften, die gleiche oder ähnliche Bestrebungen wie der Verband haben und die an einem Informationsaustausch und an einer Zusammenarbeit mit dem Verband interessiert sind.

Über den Antrag und die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand endgültig. Seine Entscheidung bedarf keine Begründung.

2. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage der Aufnahme durch den Vorstand. Sie ist unbefristet und kann von beiden Parteien mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen.
3. Im übrigen endet die Mitgliedschaft bei natürlichen Personen durch den Tod des Mitgliedes, bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtsfähigkeit.
4. Rechte und Pflichten sämtlicher Mitglieder bestimmen sich nach der vom Vorstand zuletzt beschlossenen Satzung, sowie der Beitragsordnung.
5. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn sein Verhalten, die Interessen des Verbandes nachdrücklich verletzt oder schädigt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Mit Beendigung der Mitgliedschaft verliert der Ausscheidende alle auf der Mitgliedschaft beruhenden Rechte auch an dem Verbandsvermögen.
6. Ausschließlicher Erfüllungsort gegenüber dem Verband ist Neuss, das Amtsgericht Neuss ist für alle eventuellen Streitigkeiten zuständig.

§ 4

Mitgliedsbeiträge

1. Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben, deren Höhe und Fälligkeit von der Vorstandssitzung in einer Beitragsordnung festgelegt werden.
2. Bei einem Ein- oder Austritt während des laufenden Geschäftsjahres wird der volle Mitgliedsbeitrag für das Jahr fällig.
3. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen und Mittel des Vereines.

4. Mitglieder, die den Verband mit Ihrer Vertretung und Durchsetzung von Aufgaben beauftragen, haben dem Vorstand eine Vergütung nach Maßgabe der vom Vorstand zu beschließenden Bearbeitungskostenordnung zu bezahlen, um die anfallenden Personal- und Sachkosten zu decken.

§ 5

Bekanntmachung des Vorstandes

Bekanntmachungen des Verbandes für die Allgemeinheit und seine Mitglieder erfolgen in erster Linie über die Internetpräsenz. Hier werden auch die Daten zur nächsten anstehenden Mitgliederversammlung veröffentlicht.

§ 6

Geschäftsführung

Zur Erfüllung der in § 2 erläuterten Aufgaben unterhält der Verband eine Geschäftsstelle, die durch das vom Verbandsausschuss gewählte geschäftsführende Vorstandsmitglied geführt wird.

§ 7

Organe des Verbandes

1. Organe des Verbandes sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Verbandsausschuss (im folgenden VA genannt)
 - c) der Vorstand
2. Rechte und Pflichten der Organe bestimmen sich nach den Vorschriften des BGB, soweit in der Satzung keine anderslautende Bestimmungen getroffen worden sind.

§ 8

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über alle Verbandsangelegenheiten, die nicht nach Gesetz oder Satzung dem Vorstand oder dem VA zufallen, dies gilt insbesondere für die Ernennung veränderter Verbandsmitglieder zu Ehrenmitgliedern.
2. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. Sie wird vom Vorstand mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes schriftlich einberufen, und von einem der Vorsitzenden geleitet, der auch den Protokollführer benennt.
3. Die Mitgliederversammlung ist außerdem einzuberufen, wenn dies mindestens 40 % der Mitglieder schriftlich unter Angaben des zu beratenden Gegenstandes verlangen.
4. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Beschlüsse der Mitgliederversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit, der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Ein Mitglied ist nicht stimmberechtigt, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäftes zwischen ihm und dem Verband betrifft.

- Die Niederschrift über die Mitgliederversammlung, die von dem Vorsitzenden oder seinem Vertreter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist, soll in wesentlichen Teilen im Internet veröffentlicht werden.
- Die Mitgliederversammlung wählt die Mitglieder des Verbandsausschusses mit einfacher Mehrheit. Die VA Anwärter werden vom Vorstand vorgeschlagen.

§ 9

Der Verbandsausschuss

- Der Verbandsausschuss (VA) besteht mindestens aus sieben natürlichen Personen, maximal aus einundzwanzig Personen. Die Mitglieder des VA müssen Mitglied im Verband sein.
- Die Wahl der VA Mitglieder erfolgt in offener Abstimmung in der Mitgliederversammlung. Für die Berufung in den VA reicht die einfache Mehrheit. Die Amtszeit des VA Mitgliedes beträgt fünf Jahre. Scheidet ein Mitglied des VA vorzeitig aus, so kann der VA in der nächsten Sitzung ein Mitglied des Verbandes für die Dauer der Restamtszeit des Ausgeschiedenen selbst ergänzen. Er muss sich ergänzen, wenn die Zahl seiner Mitglieder unter sieben sinkt.
- Der VA hat das Recht der Zuwahl von weiteren Mitgliedern, deren Mitwirkung er im Hinblick auf deren besondere Erfahrung für zweckmäßig hält. Der Vorstand muss hierzu zu jeder Person sein Einverständnis geben. Die Wahl erfolgt für die jeweilige Restdauer der Amtszeit des VA.
- Der VA führt mindestens einmal jährlich Ausschusssitzungen durch. Die Leitung der Sitzungen obliegt dem 1. Vorsitzenden des Verbandes, bei seiner Verhinderung seinem Stellvertreter. Sitzungen können auch nach Bedarf anberaumt werden. Zu einer Einberufung nach Bedarf ist die Zustimmung von zweidrittel aller VA Mitglieder notwendig. Die Einberufung erfolgt schriftlich, mit einer Mindestfrist von zwei Wochen.
- Dem VA obliegen folgende Aufgaben:
 - Vorschläge für den in § 2 genannten Verbandszweck
 - Die Wahl des Vorstandes und Vorschläge der Personen
 - Die Genehmigung des vom Vorstand vorzulegenden Abschlussberichtes
 - Die Entlastung des Vorstandes
 - Abstimmung über die Eröffnung von Regionalbüros.
- Beschlüsse über Beratungsgegenstände die auf der Tagesordnung einer VA Sitzung stehen können nur mit einfacher Mehrheit gefasst werden. Bei Gleichstand entscheidet der Vorstand mit einer Stimme (siehe § 8.4).
- Der VA ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

- Über die Beschlüsse der Versammlungen des VA wird in einer Niederschrift die vom Versammlungsleiter zu erstellen ist, im Internet informiert.
- Die Mitglieder des VA führen zwei Sitzungen pro Jahr ehrenamtlich durch. Für darüber hinaus notwendig werdende Sitzungen wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt.

§ 10

Wahl des Verbandsausschusses

- Jedes Verbandsmitglied ist berechtigt, dem Vorstand Vorschläge für Verbandsausschussmitglieder vorzulegen. Diese müssen dem Verbandszweck (§ 2) dienlich sein und durch ihre Kompetenz den Ausschuss unterstützen können. Der Vorstand entscheidet über die Zulassung zur Wahl eines neuen VA Mitgliedes.
- Verbandsausschussmitglieder werden erstmalig in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Bei anstehenden turnusmäßigen Neuwahlen des Verbandsausschusses wählt die Mitgliederversammlung aus den vom Vorstand vorgeschlagenen VA Anwärtern die VA Ausschussmitglieder. Ergänzungen des VA Ausschusses innerhalb der Amtszeit erfolgen nach § 9.3. Die Anzahl der VA Mitglieder muss immer ungerade sein.
- Der Vorstand bestimmt den Wahltag und trifft die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen. Der Vorstand prüft die Ordnungsmäßigkeit der Wahlvorschläge und legt die Wahlliste fest. Weiterhin bestimmt er die Form und den Inhalt der Stimmzettel, überwacht die Wahl und stellt das Wahlergebnis fest.
- Für VA Mitglieder gilt, dass eine gleichzeitige Zugehörigkeit zum Vorstand ausgeschlossen ist.

§ 11

Der Vorstand

- Der Vorstand besteht aus einem 1. Vorsitzenden der gleichzeitig das Amt des Kassierers inne hat, einem gleichberechtigten Stellvertreter und einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied. Diese Vorstandsmitglieder sind der Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Jeweils zwei der Vorstandsmitglieder, wovon einer der Vorsitzende oder sein Vertreter sein muss, sind in Gemeinschaft berechtigt, den Verband rechtsverbindlich zu vertreten. Der Vorstand kann mit einstimmiger Entscheidung die Mitgliederzahl des Vorstandes bis auf neun Personen erhöhen, wenn hierdurch eine bessere Vertretung des Verbandszweckes erreicht wird.
- Die Vorstandsmitglieder werden von dem VA für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl geschäftsführend im Amt. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, kann der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer dem VA zur Wahl vorschlagen.

3. Der Vorstand wird durch den VA gewählt. Der amtierende Vorstand gibt hierzu eine Wahlliste bekannt, er prüft die Wahlberechtigung der wählenden VA Mitglieder, überwacht die Wahl und stellt das Wahlergebnis fest.
4. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit zwei Drittel Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende, bei Verhinderung dessen Stellvertreter. Sollte der Vorstand durch Rücktritt eines Vorstandsmitgliedes nur aus zwei Mitgliedern bestehen, ist für Beschlüsse Einstimmigkeit erforderlich.
5. Vorstandssitzungen finden mindestens einmal je Jahr statt, und es ist vierzehn Tage zuvor zum Sitzungstermin durch den Vorsitzenden oder im Bedarfsfall durch seinen Stellvertreter schriftlich einzuladen. Vorstandssitzungen finden auch dann statt, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder dies schriftlich verlangen.
6. Der Vorstand ist beschlussfähig wenn mindestens zwei Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend sind.
7. Der 1. Vorsitzende leitet die Vorstandssitzung, bei einer Verhinderung wird er durch den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.
8. Über die Sitzungen des Vorstandes wird eine Niederschrift angefertigt, die von einem der Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen sind. Der Protokollführer wird vor jeder Vorstandssitzung benannt.
9. Regionalbüros in anderen Bundesländern im Bundesgebiet werden vom Vorstand und VA beschlossen mit mindestens zwei Drittel Stimmenmehrheit. Die Bekanntgabe einer Gründung erfolgt im Internet.
10. Der Vorstand und der VA entscheidet über Satzungsänderungen mit zwei Drittel Stimmenmehrheit. Wenn der Vorstand aus zwei Mitgliedern besteht ist Einstimmigkeit erforderlich, sowie die einfachen Stimmenmehrheit des VA.

§ 12

Facharbeit für die Allgemeinheit

1. Zur Erfüllung des Verbandszweckes klärt der Verband in der Öffentlichkeit über Auswirkungen schädlicher Baugrundveränderungen auf. Er führt Gespräche mit den Verursachern, Bürgern, Behörden um dadurch schädliche Baugrundveränderungen zu vermeiden und Einwirkungen auf die Schutzgüter Umwelt, Gesundheit, Sicherheit und Sachgüter zu minimieren.
2. Vom Vorstand sollen die in den Regionen gesammelten Erfahrungen zur Umsetzung der gemeinsamen fachlichen Ziele ausgewertet werden. Die Ergebnisse zur Förderung des Schutzes vor Hochwasser und vor zu hohen Grundwasserständen sind über das Internet der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.
3. Im Sinne des Verbandszweckes können im VA technisch-, wissenschaftliche Arbeitsgruppen gebildet werden, zur Entwicklung von Möglichkeiten zum Schutz der Bebauung vor Hochwasser und zu hohem Grundwasser. Die Lösungen werden

der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Hierzu ist es dem VA erlaubt, zusätzliche Fachleute hinzuzuziehen. Die Hinzuziehung bedarf der Zustimmung des Vorstandes.

4. Der Verband vergibt im Sinne des Verbraucherschutzes ein Gütesiegel für eine ordnungsgemäß durchgeführte
 - Ermittlung des Bemessungswasserstandes (Wassertechnische Untersuchung kurz WTU)
 - DIN- und regelkonform erstelltes Baugrundgutachten
 - Bauwerksdiagnostik laut der festgelegten Kriterien
 - Sanierung, die laut festgelegtem Stand der Technik ausgeführt worden ist

§ 13

Auflösung des Verbandes

1. Eine Auflösung des Verbandes erfolgt nur auf einer zu diesem Zweck einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung, und kann mit dreiviertel Mehrheit aller Vereinsmitglieder beschlossen werden.
2. Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Verbandes nach Abstimmung mit dem zuständigen Finanzamt einem steuerbegünstigten Zweck zu.

§ 14

Inkrafttreten

Die Satzung und die Änderungen richten sich in Ihrer Wirksamkeit nach § 71 BGB, soweit sie nicht in ihrer Änderung beim zuständigen Amtsgericht anmeldepflichtig sind.